ment Court sitzende Senat nicht so verfahren dürfe.

Der Ordnungsruf wurde von dem Chief Justice nicht unterstützt und die Abstimmung über den Williams'schen Antrag ergab 38 zu 1. Die Regel bleibt also unverändert.

Das Zeugenverhör.

Gen. Sherman wurde dann abermals auf den Zeugenstand gerufen und Mr. Stanberry stellte folgende Frage:

„Fassten Sie nach der Wiedereinsetzung von Mr. Stanton eine Meinung darüber, ob es wünschenswerth für den Dienst sei oder nicht, daß ein Anderer als Mr. Stanton Kriegssekretär werde? und haben Sie, wenn dies der Fall war, sich darüber gegen den Präsidenten ausgesprochen?"

Mr. Bingham protestirte aufs ernstlichste gegen die Zulassung des Zeugnisses.

Mr. Stanbery erwiederte, daß die Frage der Absicht von größter Wichtigkeit sei. Die Vertheidigung offerire das Zeugniß nicht als eine individuelle Meinung, sondern als das wohlüberlegte Urtheil des zweithöchsten Offiziers der Armee. Er nahm Bezug auf das zwischen dem Präsidenten und Mr. Stanton bestehende Verhältniß und sprach seine Ueberzeugung aus, daß es zulässig sei nachzuweisen, daß so bedeutende Offiziere, wie Gen. Sherman, eine Aenderung in der Verwaltung des Kriegsdepartments für im Interesse der Regierung nothwendig erachteten. Er forderte den Senat auf, der Gerechtigkeit wegen das Zeugniß zuzulassen.

Mr. Butler hielt den Protest der Manager in einer längern Rede aufrecht. Am Schluß derselben fragte Senator Conkling, ob die Vertheidigung nachzuweisen beabsichtige, daß Gen. Sherman dem Präsidenten zu der Absetzung Mr. Stanton's rieth.

Mr. Stanberry erwiederte verneinend. Der Zeuge habe nur seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Veränderung wünschenswerth wäre.

Für die Zulassung der Frage sprach dann noch Mr. Evarts, dagegen Mr. Bingham, worauf der Senat die Zulassung mit 35 gegen 15 Stimmen verwarf.

Senator Reverdy Johnson offerirte die Frage, ob der Zeuge vor der Amtsentsetzung Mr. Stanton's dem Präsidenten zu derselben gerathen habe; Chief Justic Chase erklärte, die Court müsse darüber entscheiden, ob die Frage dem Zeugen vorgelegt werden solle, und der Senat entschied mit 35 gegen 15 Stimmen dagegen.

Dafür stimmten Messrs. Anthony, Bayard, Buckalew, Dixon, Doolittle, Fowler, Grimes, Hendricks, Johnson, McCreery, Patterson (Tenn.), Roß, Trumbull, Van Winkle, Vickers —15.

Dagegen: Messrs, Cameron, Cattell, Chandler, Cole, Conkling, Conness, Corbett, Cragin, Davis, Drake, Edmunds, Ferry, Fessenden, Frelinghuysen, Harlan, Henderson, Howard, Harris, Morgan, Morrill (Me.), Morrill (Vt.) Morton, Norton, Nye, Patterson (N. H.), Pomeroy, Ramsey, Sherman, Stewart, Thayer, Tipton, Willey, Williams, Wilson, Yates—32.

Mr. Stanbery erklärte darauf, er habe dem Zeugen keine weiteren Fragen vorzulegen, die Manager verzichteten auf ein Kreuzverhör und die Court nahm dann um 2 U. 10 M. einen Recess.

Nach dem Wiederzusammentreten bezeugte R. J. Meigs von der Distr. Supreme Court, daß er dem Warrant für die Verhaftung von Gen. Thomas das Siegel beidrückte. Mr. Stanberry wollte dann den Warrant und das Affidavit von Mr. Stanton, auf welches hin derselbe ausgestellt wurde, als Beweismittel offeriren, wogegen Mr. Butler protestirte.

Chief Justice Chase erklärte nach einiger Debatte zwischen Messrs. Evarts, Butler und Stanberry den Warrant und das Affidavit für zulässige Beweismittel und seine Entscheidung wurde mit 34 gegen 17 Stimmen aufrecht erhalten.

Senator Johnson offerirte dann folgende an Gen. Sherman zu stellende Frage:

„Erklärte der Präsident, als er Ihnen am 27., 30. und 31. Jan. das Amt eines Kriegssekretärs ad interim anbot, was seine Absicht dabei sei?"

Gen. Butler protestirte, aber der Senat erklärte die Frage mit 26 gegen 22. Stimmen für zulässig.

Senator Johnson offerirte dennoch die fernere Frage: „Wollen Sie angeben, was er als seine Absicht angab?"

Gen. Butler protestirte abermals, aber Chief Justice Chase erklärte die Frage für zulässig und bemerkte in seiner Entscheidung, daß diese Court nicht durch die gewöhnlichen Beschränkungen über Zulässigkeit von Zeugnissen gebunden sei. Die Entscheidung wurde vom Senat mit 26 gegen 25 Stimmen aufrecht erhalten.

Gen. Sherman erklärte dann, die Unterredung sei eine sehr lange gewesen. Der Präsident sagte zu dem Zeugen, seine Beziehungen zu Mr. Stanton wären derart, daß er im Interesse des Landes denselben nicht an der Spitze des Kriegsdepartments lassen könne. Aus diesem Grunde bitte er ihn, das Kriegsdepartment ad interim zu übernehmen, da die Herbeiführung einer Entscheidung durch ein quo warranto Verfahren nicht möglich sei.

Mr. Stanbery fragte dann: „Haben Sie auf die Frage geantwortet, was bei beiden Gelegenheiten vorkam?"

Die Managers protestirten abermals; der Chief Justice erklärte aber die Frage für zulässig. Messrs. Butler und Bingham protestirten aufs Neue. Ersterer in einer Weise, die ihm eine scharfe Erwiederung von Senator Johnson zuzog. Chief Justice Chase erklärte die Frage abermals für zulässig, und

Gen. Sherman sagte dann aus, bei der ersten Unterredung sei nichts definitives gesprochen worden, der Präsident habe nur den Wunsch ausgesprochen, die Constitutionalität des Amtsdauer-Gesetzes prüfen zu lassen. Er habe auch gesagt, daß wenn Zeuge die Commission als Sekretär ad interim annehme, Mr. Stanton keinen Widerstand leisten werde, da er denselben als Feigling kenne. Zeuge habe damals keine positive Antwort gegeben, sondern später eine schriftliche übermittelt.

Senator Henderson fragte, ob der Präsident bei einer dieser Unterredungen den festen Entschluß aussprach, Mr. Stanton seines Amtes zu entsetzen?

Gen. Sherman erwiederte, der Präsident habe nie gesprochen, daß er Gewalt anwenden wolle, habe aber entschlossen geschienen, daß die Beziehungen zu Mr. Stanton aufhören sollten.

Senator Henderson fragte dann, ob Zeuge dem Präsidenten in diesen Unterredungen irgend einen Rath ertheilte; die Frage wurde jedoch einstimmig für unzulässig erklärt. Die Manager zeigten Gen. Sherman darauf an, daß sie seine Anwesenheit am Morgen wünschten, worauf er den Zeugenstand verließ.

Gen. Meigs wurde zurückgerufen und producirte das Protokollbuch, aus welchem er die betreffenden Eintragungen über die Stanton-Thomas Angelegenheit vorlas.

Washington, 14. April.

Die Impeachment Court wurde in der üblichen Weise eröffnet und von Verlesung des Journals ward abgesehen.

Mr. Sumner beantragte, daß denjenigen Managern und Vertheidigern, welche bei dem Schlußargument zurückstehen müssen, gestattet werde, ihre beabsichtigten Reden über dasselbe drucken und in das Protokoll eintragen zu lassen.

Mr. Conneß erhob Einsprache und Chief Justice Chase verordnete dann Zurücklegung des Antrages. Hierauf forderte er die Vertheiger auf fortzufahren.

Mr. Evarts erhob sich dann und sprach sein Bedauern aus, daß die Vertheidigung die plötzliche Erkrankung ihres Collegen Mr. Stanberry anzeigen müßte. Der Arzt desselben habe ihm jedoch mitgetheilt, daß er glaube, Mr. Stanberry werde in längstens 48 Stunden seine Obliegenheiten übernehmen können.

In Anbetracht der Plötzlichkeit des Vorfalls und der vor ihnen in Betreff der Beweisführung getroffenen Arrangements würde es der Vertheidigung schwer, ja fast unmöglich sein, heute fortzufahren. Der Senat möge bedenken, daß ein großer Theil der beabsichtigten Beweise nur Mr. Stanberry bekannt sei und nicht seinen Collegen. Natürlich müsse er es der Diskretion des Senates überlassen, ob der Aufschub bis zur Wiederherstellung Mr. Stanbery's ausgedehnt oder auf diesen einen Tag beschränkt werden solle.

Senator Drake ließ die Frage stellen, ob nicht die Vertheidigung Urkundenbeweise vorbringen könne?

Mr. Evarts:—„Nach unserer Auffassung von der Natur und Eigenschaft der beabsichtigten Beweise, ist es unmöglich."

Auf Antrag von Senator Howe vertagte sich dann die Impeachment Court bis morgen Mittag 12 Uhr. Gegen den Antrag stimmten nur Messrs. Sumner und Pomeroy.

Senator Wade übernahm dann wieder den Vorsitz und rief den Senat zur Ordnung.

Mr. Davis, Ky., zeigte an, daß er folgenden Zusatz zu der Regulative für die Verhandlung der Impeachmentfällen beantragen werde: „Zweidrittel der anwesenden Senatoren sollen erforderlich sein, um in einer Beweis- oder Gesetz Frage gegen den Angeklagten zu entscheiden."

Washington, 15. April.

Nach Verlesung des Journals wurden von Messrs. Edmunds, Conneß und Doolittle Amendments zu dem Sumner'schen Antrag offerirt, die sämmtlich verworfen wurden. Auf Antrag von Senator Drake wurde dann mit 34 gegen 15 Stimmen beschlossen, die ganze Sache auf unbestimmte Zeit zurückzulegen.

Mit 29 gegen 26 Stimmen wurde ein Antrag verworfen, welcher den Beginn der Sitzungen um 11 Uhr bezweckte.

Mr. Evarts erhob sich dann und erklärte, die Vertheidigung wolle, um jede Verzögerung zu vermeiden, trotz der Abwesenheit Mr. Stanberry's mit der Einreichung von Urkundenbeweisen fortfahren; die Vertheidiger hofften morgen mit der Zeugenvernehmung fortfahren zu können.

Mr. D. C. Clarke, Executiv Clerk des Senates, beschwor und verificirte die Botschaft vom 22. Febr. '69, welche Thos. Ewing für Kriegssekretär nominirt.

Mr. Curtis offerirte dann die Botschaft vom 24. Februar in Beantwortung der Senats Resolution, betreffs der Amtsentsetzung Mr. Stanton's als Beweismittel.

Mr. Butler protestirte und charakterisirte die Botschaft als die Vertheidigung eines Verbrechers nach erhobener Anklage. Er wundere sich, daß der Verbrecher sie als Beweismittel vorzuschlagen wage.

Mr. Evarts kritisirte in seiner Erwiederung diese Worte sehr scharf, und hielt die Zulässigkeit des Dokuments in einer längeren Rede aufrecht.

Mr. Butler antwortete, und da eine Meinungsverschiedenheit über das Datum gewisser Impeachment Beschlüsse des Hauses entstand wurde in dem Journal nachgeschlagen, aus welchem sich ergab, daß Mr. Evarts im Recht war.

Mr. Bingham nahm dann den Protest der Manager auf und bestand ebenfalls darauf, daß die Botschaft Nichts sei, als die Erklärung eines angeklagten Verbrechers.

Mr. Evarts entgegnete, daß die als Beweismittel offerirte Resolution des Senats, welche Mr. Stanton's Amtsentsetzung verwirft, ebenso wie die Botschaft des Präsidenten eine bloße Declaration sei, daß aber beide zulässig wären. Was ein Sheriff bei der Verhaftung Jemandes sage, könne ohne die gleichzeitig gemachte Antwort nicht als Beweismittel offerirt werden.

Chief-Justice Chase entschied nach einiger weiteren Debatte, daß die Resolution des Senates keine Antwort erheischte, und daß eine freiwillig gegebene nicht als Beweismittel zulässig sei. Die Entscheidung wurde nicht angefochten.

Auf Antrag von Senator Trumbull wurde verordnet, daß eine von Mr. Cuctis offerirte Tabelle der Namen, Chargen und Termine fast aller Civilbeamten als Theil der Verhandlungen gedruckt werden solle.

Die Vertheidigung offerirte dann ein Transcript über das Verfahren bei der Absetzung Pickering's durch den ältern Adam's: ebenso eine beglaubigte Abschrift von Präsident Tyler's Designirung von John Nelson als Staatssekretär ad interim; ebenso Dokumente über die Ernennung von ad interim Sekretären durch die Präsidenten Fillmore, Buchanan und Lincoln und die Bestätigung ihrer Nachfolger durch den Senat. Von Mr. Curtis offerirte Dokumenten betreffs der Absetzung eines Assessors und Collektors in Philadelphia durch den amtirenden Finanzsekretär Young in 1841, wurden durch Entscheidung des Chief Justice für zulässig erklärt.

Der Senat nahm dann einen Recess von 15 Minuten.

Als sich das Gericht wieder versammelt hatte, erhob Butler Einwand gegen die Empfangnahme gewisser Urkundenbeweise, die von Marine-Agenten herrühren, weil jene Actenstücke nur die Natur von Memoranden tragen und nicht vollkommen aktenmäßig sind.

Curtis erwiderte, das sei ein technischer Einwand gegen einen Mangel, den man leicht beseitigen könne.

Der Oberrichter legte die Frage dem Senat vor. Bei der Abstimmung ergaben sich 36 Ja gegen 15 Nein. Die Beweisdocumente sowie die Liste aller Beamten des Marine-Departements, die vor Ablauf ihres Amtstermins abgesetzt wurden, wurden somit zugelassen.

Die Consulenten boten alsdann eine Liste der Ernennungen von Departementschefs an.

Butler protestirte dagegen, aber auf die Entscheidung des Oberrichters wurde das Aktenstück als Beweisdocument zugelassen. Das Gericht vertagte sich und der Senat hielt eine legislative Session.

Washington, 16. April.

Gleich nach Verlesung des Journals beantragte Mr. Sumner, daß, da die Senatoren sowohl über die Gesetzauslegung als über die Beweise zu entscheiden hätten, alle von beiden Seiten offerirten Beweismittel ohne Debatte zugelassen werden sollten.

Auf Antrag von Conneß wurde der Antrag mit 22 gegen 11 Stimmen auf den Tisch gelegt.

Mr. Stanberry war nicht zugegen, doch erklärte Mr. Evarts, die Vertheidigung wolle, so weit es ihr möglich sei, mit der Zeugenvernehmung fortfahren.

W. S. Cox, ein Advokat aus Georgetown, wurde von der Vertheidigung aufgerufen und befragt, wann seine Verbindung mit der Stanton-Thomas-Angelegenheit begann? wann, durch wen und unter welchen Umständen er beschäftigt wurde?

Mr. Butler protestirte, aber der Chief Justice erklärte den ersten Theil der Frage für zulässig.

Zeuge sagte dann, er sei am 22. Feb. gerufen, und habe sich um 5 Uhr nach dem Weißen Hause begeben. Er war im Begriff anzugeben was ihm der Präsident sagte, als Mr. Butler abermals protestirte und verlangte, daß die Vertheidigung schriftlich einreichen solle was sie zu beweisen gedenke.

Die Vertheidigung erklärte, sie wolle beweisen, daß der Präsident durch Mr. Cox eine gerichtliche Entscheidung mittelst Protokollirung eines quo warranto veranlassen wollte.

Nachdem noch Messrs. Curtis und Evarts für die Zulassung, Messrs. Butler und Wilson gegen dieselbe gesprochen hatten, entschied

Chief-Justice Chase den Beweis für zulässig, daß der Präsident Advokaten beschäftigte, um eine Entscheidung über die Constitutionalität des Amtsdauer-Gesetzes zu veranlassen. Das Zeugniß wurde dann mit 29 gegen 21 Stimmen zugelassen.

Der Zeuge gab dann an, der Präsident habe ihm gesagt, er wünsche die Constitutionalität des Amtsdauer-Gesetzes entschieden zu haben und ersuche ihn deshalb, mit Mr. Stanberry zu consultiren, der keine Zeit gehabt habe, um nach der Sache zu sehen. Gen. Adj. Thomas und der Präsident wären übereingekommen, daß es am besten sein würde, einen Habeas Corpus Befehl herauszunehmen, nachdem Gen. Thomas von der Criminal-Court committirt sein würde; dieses Verfahren habe Mr. Stanberry gebilligt.

Ein „Quo-Warranto"-Verfahren würde vielleicht ein ganzes Jahr in Anspruch genommen haben, bis eine Entscheidung erlangt wurde; dagegen konnte durch ein Habeas Corpus Verfahren sofort eine Entscheidung der Supreme Court über die Constitutionalität der Amtsdauer-Bill herbeigeführt werden.

Um dies zu erreichen, war es jedoch nothwendig, daß Gen. Thomas von einem B. St. Gerichtshofe und nicht von einem Richter, der als Magistrat Sitzung hielt, committirt wurde, Aus diesem Grunde sei an Chief Justice Carter das Gesuch gestellt worden, die Verhandlungen, wozu er ein unzweifelhaftes Recht hatte, als Präsident des Criminal-Gerichtes und nicht als „Magistatt" zu leiten.

Washington, 17. April.

Die Impeachment-Court wurde um die gewöhnliche Zeit eröffnet und von Verlesung des Journals ward abgesehen.

Der Antrag von Conneß, daß die Impeachment-Sitzungen künftig um 11 Uhr beginnen sollen, wurde mit 29 gegen 14 Stimmen angenommen, nachdem Sumner's Amendment, täglich 8 Stunden in Sitzung zu bleiben, verworfen war.

Auf Antrag von Terry wurden die tabellarischen Angaben, welche als ein Theil von Mr. Butler's gestriger Rede im heutigen „Globe" abgedruckt waren, aus den Impeachmenk-Protokollen gestrichen.

Wm. W. Armstrong, einer der Editoren, u. Eigenthümer des „Cleveland Plaindealer" erklärte, daß der Präsident die bekannte Rede in Cleveland nur auf Ersuchen hielt. Die Unterbrechungen dauerten während der ganzen Rede fort.

Barton Able von St. Louis, Mitglied des Comm. der „Mercantile Association" zum Empfang des Präsidenten im August '66, ging zu dem Zwecke nach Alton. Auf wiederholtes Ersuchen der Bürger verstand sich der Präsident schließlich dazu, vom Balkon des Southern Hotel in St. Louis aus eine Rede zu halten. Er erklärte dem Committee, nur eine kurze Rede halten zu wollen. Er habe nicht gesehen, daß die im Zimmer Anwesenden versuchten, den Präsidenten vom Balkon wegzuziehen.

Geo. Knapp, Eigenthümer des „Missouri Republican," hörte die Rede nur theilweise; erinnerte sich der einzelnen Theile nicht mehr genau.

Mr. Zeider, welcher die Rede für den „Republican" stenographirte, beschäftigte zwei andere Reporter, um ihm behülflich zu sein. Er corrigirte vor dem Abdruck einige Stellen der Rede nach seinen Notizen. Der Bericht des „Republican" und derjenige des von den Managern vorgebrachten „Demokrat" divergiren in etwa 60 Stellen, und der Zeuge erklärte positiv, daß sein Bericht die Worte des Präsidenten genau wieder gebe; nur zu diesem Zwecke habe er Einiges corrigirt. Die Harthörigkeit, an der er jetzt leide, sei die Folge einer Krankheit, von der er einige Zeit nach jener Rede befallen wurde.

Mr. Curtis offerirte dann verschiedene Urkundenbeweise, um die Form der Commissionen für höhere Militärbeamte nachzuweisen. Unter den Dokumenten war die von Präsident Adams für Gen. Washington ausgestellte Gen. Lieut. Commission.

Fred. Seward, Assist. Staatssekretär, wurde über die Form verhört, in welcher interimistische Ernennungen von Consularbeamten während der Session des Senats ausgeführt werden. Mr Curtis offerirte dann eine Liste solcher Ernennungen aus den Archiven des Staats-Departments.

Marine Sekretär Welles wurde in Betreff seiner Mittheilung an den Präsidenten über die angeblichen Truppendislokationen im Department Washington verhört. Er hörte von seinem Sohn, daß die unter Gen. Emory's Commando stehenden Offiziere aus einer Abendgesellschaft direkt nach dem Hauptquartier abgerufen wurden, und beauftragte dann seinen Sohn dem Präsidenten Anzeige davon zu machen. Sein Sohn habe den Präsidenten nicht getroffen und am nächsten Tage, 22. Febr., habe er dann dem Präsidenten selbst die Mittheilung gemacht, da die Sache ihm verdächtig erschien.

Um 2 Uhr 30 Min. nahm dann der Senat einen Recess.

Bei Wiederaufnahme des Verhörs von Sekr. Welles erklärten die Vertheidiger, durch ihn beweisen zu wollen, was ihm der Präsident in Betreff der Absetzung von Mr. Stanton und der Ernennung von Gen. Thomas sagte und ebenso, daß Mr. Stanton erklärte, er werde in die Amtsentsetzung einwilligen und wünsche nur eine Frist, um seine persönlichen Effekten zu entfernen.

Mr. Butler protestirte gegen Zulassung des Zeugnisses, für welche der Senat jedoch mit 26 gegen 23 Stimmen entschied. Es stimmten mit Ja:—Messrs. Anthony, Bayard, Buckalew, Cole, Conkling, Corbett, Davis, Dixon, Doolittle, Fessenden, Fowler, Grimes, Hendricks, Johnson, McCreery, Morton, Patterson von Tennessee, Roß, Saulsbury, Sherman, Sprague, Sumner, Trumbull, Van Winkle, Willey —26.

Nein:—Messers. Cameron, Cattell, Conneß, Cragin, Drake, Edmunds, Ferry, Frelinghuysen, Harlan, Howard, Howe, Morgan, Morrill von Vermont, Patterson von New-Hampshire, Pomeroy, Ramsey, Stewart, Tipton, Williams, Wilson, Yates—23.

Sekretär Welles sagte dann, daß der Präsident dem Cabinet die Absetzung Mr. Stanton's und die Ernennung von Gen. Thomas anzeigte und daß er auf des Zeugen Frage, ob Mr. Stanton denn eingewilligt habe, bejahend antwortete, indem er erklärte, Mr. Stanton habe nur eine Frist verlangt, um seine persönlichen Effecten zu entfernen.

Mr. Evarts legte dann dem Zeugen eine Frage über die Verhandlungen in der Cabinetssitzung vor, in welcher das Veto der Amtsdauer-Bill berathen wurde.

Mr. Butler protestirte und verlangte schriftliche Abfassung dessen, was die Vertheidigung dadurch zu beweisen gedenke.

Die dann eingereichte schriftliche Erklärung ging dahin, daß die Vertheidigung nachweisen wolle, „der Präsident habe die Mitglieder seines Cabinets über die Constitutionalität des Amtsdauer-Gesetzes befragt und alle hätten erklärt, daß ihres Erachtens die Bill unconstitutionell sei. Namentlich habe dies Mr. Stanton gethan und Messers. Stanbery und Stanton seien dann mit Entwerfung der Veto-Botschaft beauftragt worden."

Mr. Butler protestirte abermals in einer längeren Rede, worauf Mr. Evarts für die Zulässigkeit sprach.

Auf Antrag von Senator Conneß vertagte sich dann die Court bis morgen um 11 Uhr und gleich darauf vertagte sich auch der Senat.

—In Dublin fand am 18. Dss. die Installation des Prinzen Wales als Ritter des St. Patrick Ordens statt.

Verhandlungen der Legislatur.

Harrisburg, 11. April.

Senat.

Definitiv passirt wurde die Hausbill, welche das Miethherr- und Miether-Supplemen von 63 aufhebt.

Definitiv passirt wurde die Hausbill über Organisirung von Corporativ-Gesellschaften.

Das General-Miliz-Supplement des Hauses wurde definitiv passirt mit einem Amendment, wonach die Tare von 50 Cts. auf $1 erhöht und das Exemptionsalter von 55 auf 45 Jahre herabgesetzt wird.

Senat.—13. April.

Die Hausbill, welche die 28. Ward in Philadelphia zu einem eigenen Surveyor's Distrikt macht, wurde passirt.

Die von dem Governör übersandte Nominirung von Col. James Given für Recorder (auf 10 Jahre) wurde bestätigt.

Haus.

Mr. Wilson wünschte eine Resolution zu beantragen, welche den Auditor Gen. und den Staatsschatzmeister instruirt, sich über die Verwendbarkeit des Petroleum Casinum Patentes zu informiren und dasselbe eventuell zur Beleuchtung öffentlicher Gebäude verwenden; das Haus verweigerte jedoch die Inbetrachtnahme der Resolution.

Mr. Chalfant, Dem., von Montour, wünschte eine privilegirte Frage zu stellen. Er habe gefunden, daß die von beiden Sprechern und dem Governör unterzeichnete, angeblich offizielle Copie des Registrir-Gesetzes in den Protokollen der Legislatur nicht mit der offiziellen Copie in der Office des Staatssekretärs übereinstimme.

Mr. Mann von Potter behauptete, dies sei keine privilegirte Frage, der Sprecher entschied jedoch anderweitig.

Nach einiger Debatte zwischen Messrs. Chalfant, Mann und Thorn, in welcher Ersterer zu wissen verlangte, wer in dieser Weise mit Bills verfahre, nachdem sie passirt seien, wer Zutritt in das betreffende Zimmer habe und die Bestimmungen einer passirten Bill derart verändere, stellte Mr. Chalfant folgenden Antrag:

„Beschlossen, daß ein Committee von Dreien ernannt werde, um die Protokolle des Hauses in Bezug auf diese Bill zu untersuchen und zu ermitteln wo, wann und durch wen die Veränderungen gemacht wurden; und daß dieses Committee am nächsten Dienstag Bericht statte."

Mr. Ford, „Rep." von Alleghenv protestirte, und der Antrag wurde verworfen.

Mr. Brennan machte einige Erklärungen, welche die in voriger Woche von Mr. Hickman gegen die irischen Katholicken gebrauchten Aeußerungen in Abrede stellen.

Mr. Bell, Phila., erklärte in Abwesenheit Mr. Hickman's daß die von diesem wirklich gebrauchten Wort lauteten „Ein intelligenter Neger ist mehr zum stimmen berechtigt, als ein ignoranter irischer Katholik", diese Worte aber ständen nicht im Protokoll.

(Natürlich stehen die anstößige Worte nicht im Prokokoll, weil Hickman sich jetzt derselben schämt und dem Clerk befahl, sie nicht in das Protokoll aufzunehmen!—Anm. d. Red.)

Die Hausbill, welche ein gemeinsames Committee ernennt, um über die Verlegung der Staatsgebäude nach Philadelphia zu berathen, passirte zur zweiten Lesung. Mit 50 gegen 31. Stimmen verweigerte das Haus die definitive Abstimmung.

Definitiv passirt wurde die gemeinsame Resolution des Senates über Codificirung der Eisenbahn und Telegraphen Gesetze.

Ebenso die Supplementar Bill des Senates zum Gesetz über Corporationen von Arbeitern &c. vom 18. Juli '63.

Ebenso die Senats-Bill, welche Corporationen, die Eisenbahnen kaufen und pachten, gestattet, die betreffenden Retentionsrechte zu übernehmen.

Senat.—14. April.

Nachdem der Senat zur Ordnung gerufen war hielt Sprecher Graham seine Abschiedsadresse.

Er dankte dem Senat zunächst für das ihm bewiesene Entgegenkommen und versicherte, daß er es stets in bestem Andenken behalten werde. Er habe versucht seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und falls er Jemanden zu nahe getreten sei, wäre dies unabsichtlich geschehen. Zum Schluß sprach er sämmtlichen Beamten, namentlich dem Chief Clerk und dessen Assistenten sowie den Mitgliedern des Senates im Allgemeinen noch einmal seinen Dank aus.

Zum Sprecher des Senates für den Recess wurde Senator Worthington („Rep.") von Chester County mit 19 Stimmen gewählt gegen 11, welche Senator Burnett (Dem.) von Monroe County erhielt.

Der neuerwählte Sprecher übernahm dann den Vorsitz und dankte zuförderst für die ihm erwiesene Ehre. Er versicherte, mit der größten Gewissenhaftigkeit und nach besten Kräften seine Pflicht erfüllen zu wollen und bat um dasselbe freundliche Entgegenkommen, das seinem Vorgänger erwiesen wurde.

Mr. Burnett (Dem.) offerirte dann ein Dankvotum für den abtretenden Sprecher Mr. Graham, welches einstimmig angenommen wurde.

Auf Antrag von Mr. Glatz (Dem.) wurde dann mit Einstimmigkeit ein Dankvotum für Geo. W. Hammersly, Chief Clerk des Senates beschlossen und ähnliche Resolutionen passirten für die andern Beamten.

Haus.

Die Demokraten beantragten Dankbeschlüsse für Sprecher Elisha W. Davis, obersten Clerk Selfridge &c. die einstimmig angenommen wurden.

Dann überreichte Mr. Jones (Dem.) von Berks im Namen der demokr. Mitglieder dem Sprecher eine kostbare goldene Uhr. Der Sprecher dankte mit einfachen Worten.

Die Beamten des Hauses überreichten dem Sprecher durch Mr. Herr (Rep.) von Dauphin eine goldene Uhr nebst Kette.

Mr. Linton (Dem.) überreichte dann Gen. Selfridge, Erstem Clerk, im Namen der Mitglieder, ohne Unterschied der Partei, eine goldene Uhr.

Die Pagen des Hauses überreichten dann dem ersten Clerk einen Ebenholzstock mit goldenem Knopf.

Mr. Jenks (Dem.) von Jefferson überreichte an Edward H. Lee, im Namen aller Mitglieder einen Ebenholzstock mit goldnem Knopf.

Mr. Ford, Alleg., (Rep.) überreichte für die Beamten des Hauses dem Clerk A. Small einen do. Stock.—Mr. McCullough (Dem.) von Clearfield, dem Sprecher im Namen des ersten Clerks eine schöne Gabel.

(Hätten die Demokraten das Geld, welches diese Geschenke kosteten, nicht für etwas Besseres verwenden können? Mohamed ist groß; aber der Humbug ist noch größer!—Anm. d. Red.)

Der Sprecher nahm in einer kurzen Ansprache Abschied, worauf sich das Haus vertagte.

Neue Postverordnung. — Nach den neuen Postverordnungen soll Buch- und Zeitungsmanuscript (dieses meint geschriebene Artikel zum Einrücken in einer Zeitung oder Zeitschrift, und an den Editor oder Herausgeber davon adressirt), Drucker-Probebogen, (entweder korrigirt oder nicht) Landkarten, gedruckte Sachen, Zeichnungen, Engravirungen, Musik, (entweder gedruckt oder geschrieben,) Saamen Packeten, Wurzeln, Kunstarbeiten, botanische Proben, der Betrag ein Cent die Unze sein, wenn nach irgend einem Theile in Canada oder den Ver. Staaten per Post verschickt und in Postmarken vorausbezahlt wird.

Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Wipper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, April, 23, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Das Impeachment-Verhör.

Ein großer Theil der heutigen Nummer der „Staatszeitung" ist mit dem Impeachment-Prozeß des Präsidenten angefüllt. Man hofft bis Ende dieser Woche mit dem Prozeß zu Ende zu sein. Vorläufig wollen wir blos noch bemerken, daß (nach unserer Ansicht) der Präsident nicht impeached werden wird. Man lese nur die Verhandlungen, und man kann gleich sehen, „woher der Wind weht." Das Ganze ist ein Humbug, und wird dadurch nur das Geld des Volkes verschwendet.

Wegen dem Ausfall europäischer Nachrichten in dieser Nummer bitten wir um Nachsicht.

Die letzte Gesetzgebung.

Wie bereits in letzter Nummer der „Staatszeitung" gemeldet, vertagte sich die Gesetzgebung von Pennsylvanien am 14ten Dieses. In beiden Häusern hatten die Radikalen die Mehrheit, und als Folge davon geschah die Gesetzmacherei in der gewöhnlichen liederlichen, ungerechten Weise. Anstatt ihre Geschäfte sorgfältig und so schleunig als möglich zu verrichten, trieb die Gesetzgebung allerlei Nebendinge, die gar nicht in ihren Bereich gehörten. Sie unterstützte den rebellischen Stanton in seinem ungesetzlichen Widerstande gegen den Präsidenten und hielt lange unnütze Debatten über das Neger-Stimmrecht. Außerdem vertagte sie sich mehrere Male auf längere Zeit, um Vergnügungstouren zu machen oder der republikanischen Staats Convention beizuwohnen.

Während der letzten Tage der Sitzungen wurden noch eine Menge Bills hastig passirt, von denen die größte Zahl der Mitglieder nicht die geringste Kenntniß hat. Wochen werden darüber vergehen, ehe das Volk erfährt, mit welchen Gesetzen es in den letzten Tagen der Sitzung beglückt worden ist. Ebenso geschah es auch im letzten Jahre mit der infamen Sonntags- und Liquor-Bill, von deren Existenz man erst etwas erfuhr, nachdem die Legislatur schon vier Wochen vertagt war.

Zu den infamsten aller Gesetzen, welche die Gesetzgebung passirte, gehört das sogenannte „Registrir-Gesetz." Dasselbe macht dies Jahr, wo die Präsidentenwahl stattfindet, zwei Extra Sitzungen der Wahlbeamten nothwendig. Wir wissen nicht genau, welche Vergütung sie erhalten werden; es läßt sich indeß annehmen, daß jeder Board, bestehend aus Richter und zwei Inspektoren, für jede Sitzung mindestens $10 kosten wird. Dabei bezweckt das Gesetz weiter nichts, als daß es den Bürgern, namentlich den eingewanderten, unnütze Scherereien macht. Wer einen falschen Eid nicht scheut, kann auch unter diesem neuen Gesetze betrüglicher Weise stimmen. — Es ist ein oft angewendeter Kunstgriff, den Deutschen vorzuspiegeln, daß sich der Haß der Nichtswisser nur gegen die Irländer richte. Aber in dem neuen Registrir-Gesetze haben wir wieder einen Beweis, daß in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen Deutschen und Irländern gemacht wird. Alle Eingewanderte müssen sich die Demüthigung gefallen lassen, ihre Naturalisations Papiere vorzuzeigen, und ihre Stimmenabgabe darauf vermerken zu lassen. Dadurch wird gewissermaßen erklärt, daß man die eingewanderten Bürger sammt und sonders im Verdacht hat, auf Betrug auszugehen.

Zur Ehre der demokratischen Mitglieder muß es jedoch gesagt werden, daß sie in geschlossenen Reihen gegen dieses verhaßte Gesetz, gegen diese Ausgeburt des fanatischen Know-Nothingismus stimmten. Selbst der republikanische „Vaterlandswächter" von hier zollt den Demokraten das höchste Lob für ihre Bereitwilligkeit, die besten Interessen des Volkes zu wahren. Am Schlusse eines längeren Artikels bemerkt der „Vaterlandswächter":

Wir können diese Bemerkungen nicht schließen, ohne den demokratischen Mitgliedern unsere Anerkennung zu zollen für den von ihnen in allen Debatten bewiesenen feinen Takt, ihre Mäßigung und ihre Bereitwilligkeit, das beste Interesse des Staates zu wahren. Bedauern müssen wir aber, daß in den republikanischen Reihen Subjekte wie Landon, Hickman und Reinöhl geduldet werden, welche, von blindem Fanatismus geleitet, allen Anstand in der Debatte mißachteten und bewiesen, daß sie auf das Prädikat „Gentleman" keinen Anspruch haben.

In Obigem haut unser College seinen radikalen Gesinnungsgenossen, Hickman und dem Bürschchen Reinöhl derb auf die Pfanne, indem er ihnen sogar das Prädikat „Gentleman" rundweg abspricht. Daß die meisten Radikalen allen Anspruch auf Achtung und Respekt verloren haben, wissen wir schon lange; nur freut es uns, daß unser radikale Nachbar endlich auch zu dieser Ansicht gekommen ist.

Unter den Demokraten, die sich in der letzten Gesetzgebung besonderes Verdienst erwarben, heben wir folgende hervor: Hrn. Deis von Clinton County, Hrn. Chalfant von Montour, Hrn. Jenks von Jefferson, Hr. Linton von Cambria, Hrn. Kase von Northumberland, Hrn. Creitz von Lehigh, Hrn. Jones von Berks, Hrn. Brennan von Luzerne, Hrn. Eschbach von Montgomery, und die Herren Maisch und Boyd von York County. Im Senat hatten wir die Herren Wallace, Jackson, Glatz, Davis, McIntyre, McCandless und Beck, lauter tüchtige und fähige Männer, auf die ihre Constituenten Ursache haben, stolz zu sein. Im Namen der Demokraten des Staates sagen wir ihnen den wärmsten Dank für die Treue und Standhaftigkeit, welche sie in ihrer Vertheidigung der Volksrechte an den Tag legten. Ehre, dem Ehre gebühret.

Wurden heimgegeigt.

Bekanntlich siegte bei der Wahl im letzten Herbst das ganze demokratische Ticket in Philadelphia. Unter den erwählten Candidaten befand sich unser geschätzter Freund, Gen. John F. Ballier, als City-Commissioner, Gen. Leech, als Registrirer von Willen, und Hr. Megary, als Clerk des Waisengerichtes. Die Radikalen protestirten jedoch gegen deren Erwählung, und brachten es zu einer Klage vor der Court of Common Plas. Nachdem nun die Sache sechs Monate lang dort herumgeschleift wurde (blos um das radikale Lumpenpack so viel länger im Amte zu halten), hat nun die Court, bestehend aus lauter